

SoVD fordert: Landesregierung muss sich für Pflegebedürftige starkmachen

# Tagespflegebudget nicht halbieren

**Wer zu Hause gepflegt wird und dabei die Betreuung in einer Tagespflege nutzt, kann einen entsprechenden finanziellen Zuschuss der Pflegekasse in Anspruch nehmen. Dieses sogenannte Tagespflegebudget soll nach Plänen des Bundesgesundheitsministeriums halbiert werden. Aus Sicht des SoVD in Niedersachsen wird die Maßnahme dazu führen, dass viele Betroffene nicht mehr in den eigenen vier Wänden versorgt werden können, sondern in einem Pflegeheim untergebracht werden müssen. Deshalb fordert der SoVD von der niedersächsischen Landesregierung, sich gegen das Vorhaben starkzumachen.**

Viele ältere Menschen werden in Tagespflegeeinrichtungen betreut. So kann in vielen Fällen weiterhin eine Pflege zu Hause sichergestellt werden. Außerdem sorgt dieses Betreuungsangebot für eine Entlastung der pflegenden Angehörigen. Sollten die Pläne aus der Pflegereform 2021 tatsächlich umgesetzt werden, wird die finanzielle Unterstützung für diese Angebote halbiert.

„Das hat zur Folge, dass Betroffene die Kosten selbst tragen müssen. Für die meisten ist das überhaupt nicht möglich. Dann bleibt nur noch der Umzug in ein Pflegeheim“, kritisiert Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Damit werde der Grundsatz „Ambulant vor stationär“ ausgehebelt. „Pflegebedürftige müssen so lange wie möglich

in ihrer gewohnten Umgebung betreut werden, wenn sie das möchten“, fordert Sackarendt weiter. Außerdem gehen aus Sicht des SoVD die Pläne zulasten der pflegenden Angehörigen, die ohnehin schon emotional und zeitlich außerordentlich beansprucht sind. Deshalb fordert Niedersachsens größter Sozialverband die niedersächsischen Politiker\*innen auf, dafür zu sorgen, dass die Halbierung des Tagespflegebudgets nicht umgesetzt wird.

Außerdem mehren sich die Anzeichen, dass die Pflegereform in die nächste Legislaturperiode verschoben werden soll. „Das darf auf keinen Fall passieren. Gerade Pflegebedürftige und ihre Familien sind durch die Corona-Krise extrem belastet. Es muss endlich etwas für sie getan werden“, so der SoVD-Chef.



Foto: WavebreakMediaMicro / Adobe Stock

**Mit der in Niedersachsen geplanten Halbierung des Tagespflegebudgets wären aus Sicht des SoVD viele Betroffene gezwungen, in ein Pflegeheim zu ziehen.**

Zahlreiche private Postagenturen und DHL-Packstationen in Niedersachsen sind nicht barrierefrei

# SoVD überprüft Barrierefreiheit

**Anlässlich des Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai hat der SoVD in Niedersachsen die lizenzierten Postagenturen auf Barrierefreiheit überprüft. Denn: In vielen Regionen gibt es keine offiziellen Postfilialen mehr. Stattdessen wird der Service an private Unternehmen vergeben. Die Barrierefreiheit wird dabei oftmals nicht berücksichtigt. So auch in zahlreichen niedersächsischen Regionen: Viele Postagenturen – unter anderem in Supermärkten oder Kiosken – können von Rollstuhlfahrer\*innen und blinden Menschen nicht genutzt werden. Auch der SoVD-Jugendbeirat war anlässlich des Protesttags wie jedes Jahr aktiv und hat zusätzlich die standardisierten DHL-Packstationen, die besonders gerne von jungen Menschen genutzt werden, in den Blick genommen. Hier zeigten sich ebenfalls zahlreiche Mängel, die Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft deutlich erschweren.**

Das Motto des diesjährigen Protesttags lautete „Teilhabe-Barrieren für Menschen mit Behinderung im Alltag“. Aus diesem Grund hat der SoVD unter anderem in den Landkreisen Celle, Diepholz, Hannover, Leer,

Lüneburg, Göttingen und im Emsland überprüft, ob private Poststellen für Betroffene zugänglich sind. Dabei standen in den über 80 Agenturen vor allem die Schwerpunkte Anfahrt, Eingang, Orientierung und die

Ausstattung im Mittelpunkt. Das Ergebnis: Es besteht erheblicher Nachbesserungsbedarf.

Das gilt insbesondere für taktile Leitsysteme, die die Orientierung für blinde Menschen und Betroffene mit einer Sehbehinderung erleichtern. Lediglich in etwas über sieben Prozent der überprüften Räumlichkeiten waren diese vorhanden. Auch der barrierefreie Zugang für Rollstuhlfahrer\*innen lässt zu wünschen übrig: Ihnen ist zwar in den meisten Fällen das Betreten der Räumlichkeiten möglich, abgesenkte Verkaufstresen oder unterfahrbare Beratungsplätze sind jedoch meistens Mangelware.

Der SoVD fordert schon lange, dass auch die Privatwirtschaft gesetzlich zur Barrierefreiheit verpflichtet wird. Bis es soweit ist, appelliert Niedersachsens größter Sozialverband jedoch an die Eigenverantwortung der

Unternehmen. „Die Deutsche Post sollte nicht nur in ihren eigenen Filialen für einen Zugang ohne Barrieren sorgen, sondern auch in denen ihrer Franchise-Agenturen“, sagt Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Die standardisierten DHL-Packstationen nahm der SoVD-Jugendbeirat unter die Lupe. Deren Angebot wird besonders gerne von jungen Menschen genutzt. Bei der Überprüfung stellten die Beiratsmitglieder fest, dass die Touchscreens der Packstationen für Rollstuhlfahrer\*innen nicht unterfahrbar und für diese nicht gut einzusehen und zu bedienen waren. Insgesamt sei die Lesbarkeit der Touchscreen-Anzeigen schwierig, da diese nicht blendgeschützt seien, stellte der Jugendbeirat fest. Ebenso standen keine Informationen in leichter Sprache

oder Gebärdensprache-Videos zur Verfügung. Auch ein Kopfhöreranschluss zur Nutzung der Sprachausgabe war nicht vorhanden. Zehn von 46 überprüften Packstationen waren erst gar nicht barrierefrei zugänglich. Eine individuelle Auswahl der Paketfächer ist bei Packstationen vorab grundsätzlich nicht möglich, somit sind in höher gelegenen Paketfächern hinterlegte Päckchen für Rollstuhlfahrer\*innen nicht erreichbar. „Unsere Ergebnisse zeigen ganz deutlich, wo die Probleme liegen: Es fehlt an einer gesetzlichen Verpflichtung. Das Barrierefreiheitsgesetz bezieht sich nur auf digitale Dienstleistungen und ist hier entsprechend nicht wirksam“, betont Sackarendt. Das führe dazu, dass Menschen mit Behinderung von der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen werden.



Foto: Henrik Hüther

**Bei dieser DHL-Packstation, die sich auf dem Gelände einer Tankstelle befindet, hat Jugendbeiratssprecher Benedict Schmidt Bordsteinkanten in Höhe von 13 Zentimetern gemessen.**